

Die Zukunft, die wir wollen –
das Hamburg, das wir brauchen.

Dokumentation.

7. Hamburger Ratschlag
15. November 2019

Schwerpunkt:
Nachhaltige Stadtentwicklung



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN





Organisationen für mehr Nachhaltigkeit



Der Hamburger Ratschlag - „Die Zukunft, die wir wollen – das Hamburg, das wir brauchen“ wird aktuell von 21 Hamburger NRO organisiert, die sich für ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Nachhaltigkeit engagieren:

BUND-Landesverband Hamburg e.V, DGB Hamburg, Erzbistum Hamburg - Erzbischöfliches Generalvikariat Hamburg, Ghana Union Hamburg e.V., Goliath Watch e.V., Marie-Schlei Verein e.V., Paritätisches Kompetenzzentrum Migration, Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung, IntegrationsCenter e.V. Imic, Internationaler Bund Hamburg, Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, KED - Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordkirche, Landesfrauenrat Hamburg e.V., Mobile Bildung e.V., RENN.nord, SID Hamburg - Gesellschaft für internationale Entwicklung Hamburg e.V., Sozialverband Deutschland e.V. - Landesverband Hamburg, ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Arbeitsstelle Weitblick - Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. sowie dem Zukunftsrat Hamburg e.V. und wird unterstützt durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung **aus Zweckerträgen der Lotterie Bingo! Die Umweltlotterie** sowie durch RENN.nord.

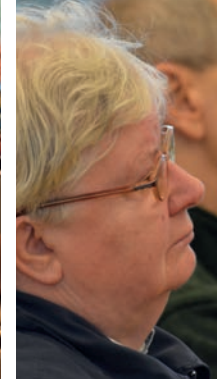


Themen:

„Gesplante Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“,

„Klimaneutrale Mobilität und Stadtentwicklung“

sowie „Partizipation und Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung“



Das
Hamburg,
das wir
brauchen.



Zum 7. Hamburger Ratschlag luden 21 Hamburger NRO ein, stellvertretend verantwortlich: Marie-Schlei-Verein, SID Hamburg – Gesellschaft für internationale Entwicklung, Arbeitsstelle Weitblick - Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. und Zukunftsrat Hamburg. Moderation: Dr. Ulrike Eberle.

Kurz Zusammenfassung

69 Teilnehmer*innen nahmen am 15. November am 7. Hamburger Ratschlag im Bürgersaal Wandsbek teil. Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Verein und in Vertretung für die Veranstalter, folgten drei Podiumsgespräche:

Podium 1 „Gespaltene Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“

Prof. Dr. Monika Grubbauer (Geschichte und Theorie der Stadt, HafenCity Universität Hamburg) mit Guido Sempell (Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Raumordnung und Regionalentwicklung, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen). Moderation durch Dr. Thomas Mirbach (Johann Daniel Lawaetz-Stiftung).

Podium 2 „Klimaneutrale Mobilität und Stadtentwicklung“

Martin Huber (Amtsleiter Verkehr und Straßenwesen der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) mit Moderator Manfred Braasch (BUND – Landesverband Hamburg e.V.).

Podium 3 „Partizipation und Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung“

Markus Birzer (Politik- und Unternehmensberatung im Bereich Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung) und Sven Kohlschmidt, Raumplaner (urbanista | co-creating the future city). Moderation durch Jürgen Reißner (Arbeitsstelle Weitblick, Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein) und Karsten Weitzenegger (SID Hamburg - Gesellschaft für internationale Entwicklung Hamburg e.V.).

Anschließend wurden in drei Arbeitsgruppen von den Teilnehmer*innen Handlungsempfehlungen für die Hamburger Politik zu den Schwerpunktthemen „Gespaltene Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Klimaneutrale Mobilität und Stadtentwicklung sowie Partizipation und Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung“ erarbeitet beziehungsweise die bereits bestehenden Forderungen überarbeitet und ergänzt.

Die Veranstaltung wurde moderiert von Dr. Ulrike Eberle (corsus, Hamburg).





Begrüßung **Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath**

Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath erinnert daran, dass die Welt nur zu retten ist, wenn ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Nachhaltigkeit zusammengedacht werden. Hierfür muss Deutschland, auf Bundes- und Landesebene, massiv umsteuern, da die bisherigen Umsetzungsschritte der Agenda 2030 abgrundtiefe Lücken in der Nachhaltigkeit aufweisen: Laut des Statistischen Bundesamts werden lediglich bei 24 von 65 Indikatoren die Strategieziele erreicht. Bei 28 Indikatoren werden die Ziele nach jetzigem Stand verfehlt und acht Indikatoren weisen sogar Rückschritte auf (z.B. Gewässerschutz, Endenergieverbrauch im Güter- und Personenverkehr, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen des Konsums, Artenvielfalt sowie Schutz der Wälder). Neben einer Abkehr von der Wachstumsorientierung und eines weniger exportlastigen deutschen Wirtschaftsmodells, stehen auch die Geschäftsmodelle der Auto- oder der Agrarindustrie zur Disposition. Nur so lassen sich das Klima, die Artenvielfalt, die bäuerliche Landwirtschaft und der soziale Zusammenhalt retten und eine Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen erreichen. Randzio-Plath begrüßt die verabschiedete Ministerpräsidentenkonferenz-Erklärung für Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip und wünscht das Nachhaltigkeitsprinzip aber auch in der Hamburger Verfassung.

Im Hinblick auf die Themen des 7. Hamburger Ratschlags weist Randzio-Plath darauf hin, welche Verantwortung Städte für die Zukunft des Planeten Erde und die Weltbevölkerung tragen: Wie gleich und frei sind Menschen in Hamburg? Wie steuern wir eine nachhaltige Stadtentwicklung – gendgerecht, gegen Ungleichheit und eine autozentrierte Verkehrspolitik und mit Teilhabe für alle? „Wer die Welt transformieren will, braucht Mut und die Bereitschaft zu weitreichenden Veränderungen.“

Zukunfts- fragen im Zusammenhang sehen.



Podium 1 **„Gespaltene Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“**

Prof. Dr. Monika Grubbauer (Geschichte und Theorie der Stadt, HafenCity Universität Hamburg) und Guido Sempell (Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Raumordnung und Regionalentwicklung, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen). Moderation durch Dr. Thomas Mirbach (Johann Daniel Lawaetz-Stiftung).

In der Podiumsdiskussion zum Thema „Gespaltene Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“ erläutert Prof. Dr. Monika Grubbauer zunächst auf die Frage, ob der derzeitige Trend zur „Politisierung von unten“ auch Fallstricke hat, dass nachhaltige Stadtentwicklungsfragen und Partizipation durchaus Zeitgeist ist, aber die wichtigen Zukunftsfragen im Zusammenspiel von lokalen und globalen Zusammenhängen gesehen werden müssen. Die insgesamt vermehrt wahrnehmbare „Politisierung“ darf dabei aber nicht nur die Artikulierung von Interessen einzelner Gruppen sein, sondern sollte ein Prozess der Wissensgenerierung sein, der Zielkonflikte thematisiert und bearbeitet. Wechselwirkung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen müssen mitgedacht werden. Hierfür ist der Zugang zu aktuellen Entscheidungsprozessen in der Stadtentwicklung wichtig.

Guido Sempell beschreibt die IST-Situation der Gestaltung einer gerechten Stadt und welche Instrumente dafür zur Verfügung stehen: Zunächst einmal sind die Zuständigkeiten vielfach verteilt auf einzelne Behörden, Bezirke, Verbände und andere Akteure. Viele der genannten Zielkonflikte haben räumliche Bezüge und sind in der Tat das „tägliche Brot“ der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (z. B. für wen ist welche Fläche, für welche Nutzung, für welche Funktion wird eine Fläche prioritär genutzt, etc.). Die Behörde versucht immer wieder die verschiedenen Interessen auszugleichen und für eine politische



Klimaneutrale Mobilität.



Entscheidung zusammenzuführen. Als zentrales Instrument kommt hier etwa das Stadtentwicklungsprogramm RISE für mehr räumliche Gleichheit in der Stadt erfolgreich zum Einsatz. Kritisch äußert sich Sempell zum Einsatz von Videoüberwachung: Eine unglaublich wichtige Zukunftsaufgabe besteht darin, die nachhaltige, gerechte, sichere und gleiche Gestaltung von öffentlichen Räumen im Sinne des Menschen und der Umwelt, mithilfe sozialer Kontrolle aber möglichst ohne Videoüberwachung zu gewährleisten.

Podium 2 „Klimaneutrale Mobilität und Stadtentwicklung“

Martin Huber (Amtsleiter Verkehr und Straßenwesen der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) mit Moderator Manfred Braasch (BUND – Landesverband Hamburg e.V.).

Bevor Martin Huber auf das eigentliche Podiumsthema eingeht erwähnt er, wie extrem wichtig für die Entwicklung des Mobilitätsbereichs die Genderperspektive ist, da gerechte und gleiche Mobilität in Hamburg aufgrund unterschiedlicher Lebensbedürfnisse sonst überhaupt nicht möglich ist. Ein weiterer leitender Aspekt in der Gestaltung der Mobilität, ist die Fürsorgepflicht des Staates in punkto Sicherheit für die in Hamburg lebenden Menschen.

Auf die Frage, wie die Verkehrsplanung auf die steigenden CO₂-Emissionen durch den Verkehr in Hamburg reagiert, weist Huber darauf hin, dass zu den emittierten Emissionen auch sämtlicher Treibstoff des Flugverkehrs gezählt wird. Ob der in den letzten Jahren stark ausgebaut und angestiegene Verkehr mit dem ÖPNV und des Fahrrads dabei zum Tragen kommt, sei fraglich. Auf die Frage, wie es sich eine Stadt heute leisten kann, dem motorisierten Individualverkehr in Hamburg so viel Raum zu geben (60 % des öffentlichen Raumes sind beispiels-

weise für Pkw-Parkflächen „reserviert“!) und was die Behörde konkret gegen diese Priorisierung unternimmt, braucht es Hubers Ansicht nach extrem viel Mut hier etwas zu verändern, denn die Öffentlichkeit würde vermutlich eine Erhöhung der Parkgebühren als „Abzocke“ empfinden. Zu zwei bereits konkreten Forderungen - Verzicht auf den Bau der A26 Ost und Einschränkung der Start- und Landebewegungen am HH-Flughafen - antwortet Huber, dass die A26 gebaut wird und zwar trotz allen Äußerungen zur Verkehrswende im Regierungsprogramm, da es in unserer Lebenszeit noch (mehr) Autos geben wird und für die Wilhelmsburger/Harburger Bürger*innen jetzt gute Lösungen gefunden werden müssen. Außerdem ist die (weltweite) Erreichbarkeit über den Flughafen für die Lebensfähigkeit einer Stadt wie Hamburg enorm wichtig.

Podium 3 „Partizipation und Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung“

Markus Birzer (Politik- und Unternehmensberatung im Bereich Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung) und Sven Kohlschmidt, Raumplaner (urbanista | co-creating the future city). Moderation durch Jürgen Reißner (Arbeitsstelle Weitblick, Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein) und Karsten Weitzenegger (SID Hamburg - Gesellschaft für internationale Entwicklung Hamburg e.V.).

Markus Birzer und Sven Kohlschmidt stellen zu Beginn fest, dass es zwar Bürger*innenbeteiligung in Hamburg gibt, dies aber nicht als Trend gedeutet werden dürfte. Das liegt unter anderem auch daran, dass, zumindest in der Vergangenheit, in Hamburg Partizipation meist erst dann stattfand, wenn bereits Konflikte und Krisen eingetreten waren (z. B. ESSO-Häuser). Präventive Bürger*innenbeteiligung findet heute zwar mehr und mehr statt, ist aber grundsätzlich vom Willen



der verantwortlichen Personen abhängig. Mehr Bürger*innenbeteiligung ist möglich und wünschenswert. Kohlschmidt ergänzt, dass man Menschen auch da abholen muss, wo sie zu finden sind – offline und online! Um Bürger*innenbeteiligung nachhaltig voran zu bringen und Menschen zur Beteiligung zu motivieren, ist es laut Birzer wichtig, Themen und Konflikte konkret zu benennen. Die Ausbildung von mehr Bürgermoderator*innen könnte mehr und kleinere Beteiligungsprozesse unterstützen. Die Bereitschaft dazu fehlt allerdings bei Stadt und Bezirken! Darüber hinaus kann es sinnvoll sein, auf allen entsprechenden Beteiligungsveranstaltungen eine*n Botschafter*in des Hamburger Ratschlags zu entsenden, der die Beachtung der SDG anmahnt. Zudem herrscht leider immer noch der alte Glaube vor, dass Bürger*innenbeteiligung grundsätzlich die Umsetzung von Projekten verzögert. Das stimmt jedoch nicht. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Untersuchungen beweisen, dass durch eine frühzeitige Partizipation der Bürger*innen, Einwendungen vermieden werden und deshalb Bauprojekte sogar schneller vorankommen.

Der siebte Hamburger Ratschlag, ein Kooperationsbündnis von 21 Hamburger Nichtregierungsorganisationen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030, hat am 15. November 2019 beraten und stellt folgende Forderungen an den Hamburger Senat mit der Bitte, diese innerhalb der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda in Hamburg zu verwirklichen:

1. Hamburger Verfassung ändern,

Nachhaltigkeitsbildung fördern: Das Nachhaltigkeitsprinzip (UN-Agenda 2030) muss Verfassungsrang haben, um nachhaltiges Handeln der Regierung zu erzwingen. Das Nachhaltigkeitsprinzip muss in die Hamburgische Verfassung aufgenommen werden.

2. Forderungen der Arbeitsgruppe „Gesplante Stadt – Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“

Auch wenn das Thema komplex und fachspezifisch war, fanden sich Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe schnell zusammen und diskutierten kontrovers die Inhalte. Die verschiedenen Expertisen und Perspektiven der einzelnen Teilnehmer*innen waren für den Arbeitsprozess sehr bereichernd.

1. Stadtentwicklung muss dazu beitragen, die Spaltung der Stadt in reiche und arme Stadtteile zu verringern und die soziale Integration und Inklusion zu fördern. Dazu muss die Stadtentwicklung in reicheren Stadtgebieten vor allem bei Neubauten genutzt werden.
2. Dabei darf nur sozialer Wohnungsbau genehmigt werden.
3. Stadtentwicklung muss bevorzugt Maßnahmen in Stadtgebieten mittleren oder unteren Niveaus finanzieren. Eine gemischte Verteilung von Eigentum und Mieten sowie durch Diversifikation der Bewohner*innen ist anzustreben. Zu einer verstärkten sozialen Durchmischung sind soziale Infrastrukturmaßnahmen z.B. soziale Gesundheitsversorgung, Quartiersangebote für Senioren*innen, Familien und benachteiligte Gruppen zu verbessern.
4. Das Hamburger Stadtentwicklungsprogramm RISE ist zu begrüßen, fortzusetzen und auszubauen. Es will zu Recht Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf städtebaulich aufwerten und sozial stabilisieren. Vor allem sollte das Programm die Quartiersentwicklung verstärken, die zum Aufbau von Kooperation in dem jeweiligen Gebiet und auch zum Abbau von Spannungen zwischen den Bewohner*innen Herkunft, religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit, Alter und Geschlecht beitragen.

7. Hamburger Ratschlag

15. November 2019



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN



Geschlechtergerechtigkeit.



5. Es muss auch Programme zu Stadtteilentwicklungen zur Überwindung von Ungleichheit und Durchsetzung von intersektionaler Geschlechtergerechtigkeit in Nicht-RISE-Gebieten geben.
6. Dabei müssen sich diese Maßnahmen an der Durchsetzung messen lassen. Zur Beurteilung müssen transparente Indikatoren zur Verfügung gestellt werden.
7. Die Hamburger Stadtentwicklungsstrategie muss auf eine sozialverträgliche Stadtentwicklung setzen. Die Stadtentwicklung darf nicht nur als Chance verstanden werden, die Stadt lebensfähiger und sozialheterogener zu gestalten, sondern soll auch zum Abbau von Ungleichheit in der Stadt führen.
8. Neubaugebiete sollten von Anfang an auf möglichst spannungsfreies und integratives Leben und Wohnen und Arbeiten orientiert werden. Die nachbarschaftliche Gestaltungskraft ist zu stärken, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Das wird nur möglich sein bei einer rechtzeitigen und umfassenden Partizipation.
9. Die Hamburger Stadtentwicklung muss zum Abbau von Gewalt beitragen, durch Stärkung der Sicherheit der öffentlichen Räume. Das Konzept „Stopp – Partnergewalt!“ ist Hamburg weit durchzusetzen. Die angstfreie Mobilität von Frauen ist zu stärken über die Berücksichtigung von Forschung zu „Angsträumen“, über die Gestaltung des Zugangs durch die bessere Beleuchtung und ggf. Videoeinsatz.
10. Eine moderne Hamburger Stadtentwicklung muss Stadtentwicklung gendergerecht gestalten und dabei die New Urban Agenda der UN (Habitat III) sowie die UN-Agenda Ziele 10, 11 i.V.m. Ziel 5 der Präambel umsetzen, die eine gendergerechte nachhaltige Stad-

entwicklung fordert. Für die kohärente Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes und des Gender Mainstreamings, als notwendige Strategie für die nachhaltige und zugleich inklusive Entwicklung, soll sich an der Stadt Wien orientiert und deren Maßstäbe zum europäischen Vorbild genommen werden.

3. Forderungen der Arbeitsgruppe „Klimaneutrale Mobilität und Stadtentwicklung“

In der gut besuchten Arbeitsgruppe ging es hoch her. Eine Vielzahl weiterer Themen und Forderungen ergänzten zunächst die Vorschläge des Entwurfs. Darunter auch solche, die Autofahrer*innen und ihre Bedürfnisse hervorhoben, und solche mit zusätzlichen Aspekten wie Barrierefreiheit und Inklusion in den verschiedenen Dimensionen. Viele Diskutant*innen zeigten wertvolle Vorkenntnisse, die anderen nahegebracht wurden. Schwerpunkte waren der Öffentliche Nah- und der Straßenverkehr. Hafen und Flughafen kamen hinzu. Zum Bahnverkehr fehlte die Expertise. In einer gemeinsamen Anstrengung wurde dann strukturiert, zugeordnet, priorisiert und zusammengefasst, bis die nachstehenden Forderungen formuliert waren. Mit weniger wird Hamburg das Klimaziel für den Sektor Verkehr kaum erreichen können.

1. Ausbau des Verkehrsverbundes zu einer komfortablen, schnellen, barrierefreien (inklusive) und günstigen Alternative zum individuellen Autoverkehr; Instrumente: höhere Taktfrequenzen, Wiedereinführung der Stadtbahn, bessere Querverbindungen (kein Umweg über den Hbf.), Erreichbarkeit der Haltestellen in 5 Min., Expresslinien, intermodales Umsteigen, Integration von Sharing-Diensten; Fahrradmitnahme, Ausbau von Park&Ride-Plätzen; einfache und günstigere Tarife
2. Die Fahrzeugflotte des Verkehrsverbundes muss klimaneutral pro-



Kein weiterer Flughafen-ausbau.



duziert, betrieben und entsorgt werden.

3. Den Straßenraum von außen (Fußgänger*innen) nach innen (Kfz) priorisieren und planen
4. Verzicht auf den Neubau von Straßen (z.B. A26-Ost) – außer in Neubaugebieten -, aber Erhaltung bzw. Umbau der bestehenden mit Priorität für öffentlichen Nah-, Rad- und Fußverkehr
5. Forcierter Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Hamburg, z.B. durch Pendler-Trassen (Radschnellwege), protected bike lines, Tempo 30
6. Um- und Ausbau des Hauptbahnhofs zur Gewährleistung von Sicherheit, Kapazität, Komfort und Umsteigemöglichkeiten
7. Verzicht auf den weiteren Ausbau des Hafens, insbesondere für noch größere Containerschiffe und für Kreuzfahrtschiffe
 - a. Mehr Güter Transporte über die (Hafen-)Bahn, weniger über die Straßen
 - b. Ausbau der Landstromversorgung mit erneuerbarer Energie, ein flächendeckendes Angebot und Verpflichtung zur Nutzung von Landstrom während der Liegezeit im Hafen
 - c. Reduzierung der Besuche von Kreuzfahrtschiffen mit fossilen Kraftstoffen
 - d. Ab 2035 nur noch Abfertigung von Schiffen mit klimaneutralen und nachgewiesen schadstofffreien Kraftstoffen.
8. Verzicht auf den weiteren Ausbau des Flughafens,
 - a. keine Erhöhung der Flugbewegungen

- b. Förderung der Erforschung und Entwicklung von erneuerbaren (synthetischen) Flugkraftstoffe
- c. Ausdehnung des Nachtflugverbots auf 22 – 6 Uhr
- d. Flughafengebühren nach ökologischem und gesundheitlichen Schadenspotenzial
- e. Verbot von Inlandsflügen und ein entsprechender Ausbau des Bahn-Fernverkehrs
- f. Ab 2035 nur noch Einsatz von klimaneutralen Flugkraftstoffen

9. Klimafreundliche Stadtentwicklung

- a. Wettbewerbe / Planungen zu einer erweiterten autofreien Hamburger Innenstadt und autofreien Stadtteilzentren. Betonung der Gewinne an Lebensqualität, der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, Berücksichtigung von mobilitätseingeschränkten Menschen, des Lieferverkehrs usw.
- b. Durchführung und Evaluierung von Tests mit größeren autofreien Quartieren (im Vergleich zu Rathausviertel und Ottensen)
- c. Verkehrsversuche zur Reduzierung von großen Fußgänger*innen- und Radfahrer*innen-feindlichen Kreuzungsanlagen

10. Entwicklung und Durchführung eines überzeugenden Kommunikationskonzepts zur Verkehrswende

4. Forderungen der Arbeitsgruppe „Partizipation und Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung“

Die Arbeitsgruppe hat sich mit den Forderungen zu Partizipation und Innovation befasst. Da die Umsetzung der Agenda 2030 nur mit einer Verhaltensänderung aller Menschen denkbar ist (Transformation), wurde die Bedeutung einer möglichst umfassenden Partizipation schnell



Bürger*innen- beteiligung.



deutlich. Nach einer grundsätzlichen Diskussion stimmte die große Mehrheit der AG-Teilnehmer*innen dafür, entlang des vorgelegten Entwurfes zu diskutieren und die einzelnen Forderungen auszugestalten. Unklare Formulierungen wurden verdeutlicht und unbedeutende Passagen gestrichen.

Konsens war, dass es um Beteiligung bei allen Projekten gehen muss, die in die Lebenswirklichkeit und -qualität von Menschen eingreift. Dies gilt nicht nur für Bauvorhaben. Die Beteiligten trugen vielfältiges Fachwissen und Erfahrungen zusammen. Allerdings blieb der Wunsch nach mehr Austausch untereinander offen. Es wurde Bedarf festgestellt, ein Glossar von Beteiligungsformen und Beispiele des Gelingens systematisch zusammenzutragen. Da dafür keine Angebote bekannt waren, regte die Gruppe an, diese Bereiche auf der Website neu anzubieten. Verstetigter Austausch mit den Initiativen in Stadtteilen und Bezirken wurde gewünscht.

1. Die Agenda 2030 wird das Leitprinzip der Hamburger Stadtentwicklung. Die transparente, umfassende und substantielle, d.h. entscheidungsrelevante Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Vermittlung, Umsetzung und Überprüfung der nachhaltigen Entwicklungsziele in und durch Hamburg ist dabei sicher zu stellen.
2. Bürger*innenbeteiligung - sowohl konsultative als auch direkte Demokratie - werden als Staatsziel in der Landesverfassung verankert.
3. Die Bürger*innenbeteiligung in Hamburg wird verbindlich sein. Nur die Offenlegung aller Interessen Beteiligter und Betroffener ermöglicht eine tragfähige Beteiligung.
4. Die Bezirke müssen kommunale Entscheidungsebene werden. Die Evokation/Einzelanweisung durch den Senat ist nicht zulässig. Bei

Planverfahren, die vor Ort umstritten sind, soll gemeinsam mit den Bezirken die lokale Bevölkerung mit Hilfe zusätzlicher Beteiligungsangebote in die Gestaltung der Vorhaben eingebunden werden.

5. Umfassende Information ist eine Grundvoraussetzung für tragfähige Bürger*innenbeteiligung. Deshalb muss die Transparenz des Verwaltungshandelns und der Gesetzgebung systematisch und kontinuierlich ausgeweitet werden. Das Hamburger Transparenzgesetz von 2012 muss erhalten und ausgebaut werden. Eine möglichst barrierefreie Online-Beteiligung wird ergänzend erprobt und umgesetzt.
6. Hamburg muss genügend Fördermittel und Infrastruktur bereitstellen, um zivilgesellschaftliche Initiativen in den Stand zu setzen, an der Politik mitzuwirken, besonders in den Bereichen Stadtentwicklung, Umwelt, öffentlicher Raum und Infrastruktur. Zukünftige Projektkalkulationen enthalten grundsätzlich die Position Bürger*innenbeteiligung. Innovative Formate (z.B. Bürger*innen-Foren, Bürger*innenmoderation, Tage des guten Lebens, Gemeinwohlökonomie, Stadtteilnetzwerke, Solidarische Lebensweise) sollen erprobt werden. Die Steuerung und Moderation von unten ist gezielt auszubauen.
7. Hamburgs Nachhaltigkeitspolitik erhält einen institutionellen Rahmen in einer neu zu schaffenden Zukunftskommission, die der Bürgerschaft zur Vorbereitung von Entscheidungen zivilgesellschaftliche Sachkompetenz und Bürger*innenbeteiligung zur Seite stellt. Die Kommission befasst sich mit allen Aspekten der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens und deren Folgeabkommen.
8. Die Stadtwerkstatt wird als Plattform für Bürger*innenbeteiligung bei Planungsprojekten verstetigt und auf Bestandsgebiet erweitert



Pilotversuche und Evaluation.



werden. Sie befasst sich mit allen Handlungsfeldern und Entscheidungen und muss die bereits formulierten Qualitätskriterien Frühzeitigkeit, Vollständigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, Verfahrensklarheit und Nachvollziehbarkeit erfüllen. Die Innovation der Verfahren soll durch Pilotversuche und regelmäßige gemeinsame Evaluation und Bestandsaufnahmen erfolgen. Die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen müssen transparent sein und den Beteiligten und Betroffenen eine Rückmeldung mit nachvollziehbarer Argumentation über die Berücksichtigung oder Nicht-Berücksichtigung ihrer Vorschläge geben.“

9. Niemand wird bei der Mitwirkung zurückgelassen. Die Teilhabe der durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geschützten Personen (z. B. Kinder und Jugendliche, Zugewanderte, sozial Benachteiligte) wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt. Ein unabhängiges Antidiskriminierungsbüro wirkt als Anlaufstelle und kann sich in laufende Verfahren einschalten. Die Wirksamkeit des Büros wird von den Beteiligten regelmäßig evaluiert.
10. Die Instrumente und Verfahren der Quartiersentwicklung sind auf die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter auszurichten. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern sind zu berücksichtigen. Die intensive Beteiligung von Frauen und Mädchen vor Ort muss gewährleistet sein und deren Anregungen sowie geschlechtsspezifischen Bedürfnisse werden berücksichtigt.
11. Bürger*innenbegehren müssen rechtlich für Bezirk und Senat verbindlich sein. Sie dürfen ab dem Tag ihrer Anmeldung nicht mehr be- oder verhindert werden. Erfolgreiche Bürger*innenentscheide oder der Beschluss des Bezirks über die Annahme von Bürgerbegehren dürfen nur im Wege eines neuen Bürgerentscheids

abgeändert werden. Die Entscheidung über Zulässigkeit von Bürgerbegehren ist zeitnah zu treffen.

12. Hamburg verbreitet Bürger*innenbeteiligung auch nach außen. Die internationalen Aktivitäten Hamburgs müssen auf dem vollen Umfang der Menschenrechte basieren und bei jeder Gelegenheit die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume in den Partnerländern verteidigen und auf Korruptionsfreiheit pochen.



Ziele nachhaltiger Entwicklung 2030 der Vereinten Nationen

Der Ratschlag wird organisiert von:



WS - WERKSTATT
FÜR INTERNATIONALE
KULTUR UND POLITIK



Beteiligte Organisationen:



Unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung aus Zweckerträgen der Lotterie Bingo!
Die Umweltlotterie sowie RENN.nord



Hamburger Ratschlag

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP) Marie-Schlei-Verein e. V.

Grootsruhe 4, 20537 Hamburg

www.2030hamburg.de



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN